

Aus dem Inhalt

Versöhner von Kirche und Arbeiterschaft	2
Fukushima zum Trotz	5
Diakoniefest Gern: Armut erhöht Risiko für Suchterkrankungen	7
Pro Asyl: Gute Argumente und ein heißes Pro Asyl: Gute Argumente und ein heißes Herz	9
Volkswirt: Umstellung auf erneuerbare Energien lohnt sich	14
Jugendbegegnungsstätte Auschwitz und Stiftung Kreisau geehrt	16
Internet-Projekt „Judaica Europeana“ vor Abschluss	21
Ulrich Holbein erhält Literaturpreis für grotesken Humor	23
Impressum	24

Kirche und Diakonie werben um Nachwuchs

Kassel (epd). Mit einem gemeinsamen Stand präsentieren sich die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck und das Diakonische Werk am kommenden 3. und 4. September auf der Kasseler Ausbildungsmesse „Azubi- und Studientage“. Insgesamt würden an dem Stand 18 verschiedene Berufsbilder vorgestellt, teilte Koordinatorin Ute Kaisinger-Carli von der evangelischen Kirche am 30. August in Kassel mit. Das Spektrum der dafür erforderlichen Qualifizierungen reiche vom Hauptschulabschluss bis zum Hochschulstudium.

Viele Besucher wüssten gar nicht, dass man Berufe wie etwa Altenpfleger, Erzieher oder Sozialarbeiter auch in Kirche und Diakonie erlernen könne, sagte Kaisinger-Carli. In Talkrunden werde man fünf Berufsbilder beispielhaft vorstellen. Diese Runden würden durch Studierende und Auszubildende gestaltet.

Erstmalig werde auch ein neunminütiger Imagefilm über Berufsbilder in Kirche und Diakonie gezeigt, der nach der Messe noch weitere Verwendung finden solle, sagte die Koordinatorin. Im vergangenen Jahr habe man auf der Messe zahlreiche Gespräche mit Besuchern geführt, unter anderem hätten sich fünf junge Menschen für eine Abiturientenfreizeit zur Information über das Theologiestudium angemeldet.

Insgesamt verfügen Kirche und Diakonie in Kurhessen-Waldeck über rund 1.500 Ausbildungsplätze. Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze bei kirchlichen und diakonischen Anstellungsträgern liegt bei etwa 25.850. Die Ausbildungsmesse in der Halle 3 Kasseler Messehallen ist Freitag und Samstag von 9 bis 16 Uhr geöffnet.

Kirche

Versöhner von Kirche und Arbeiterschaft

Der Pionier der evangelischen Industriearbeit wurde vor 100 Jahren geboren

Von Jens Bayer-Gimm (epd)

Mainz (epd). Er rettete Juden während der Hitler-Diktatur das Leben, war nach 1945 einer der Begründer der evangelischen Industrie- und Sozialarbeit, organisierte Demonstrationen der Friedensbewegung - der als „Zementpfarrer“ bekanntgewordene Horst Symanowski wäre am 8. September 100 Jahre alt geworden. Er starb 2009 im Alter von 97 Jahren in Mainz. Die Berufung des im ostpreußischen Nikolaiken (heute Polen) Geborenen galt dem Versuch, die Kirche mit der Arbeiterschaft zu versöhnen.

Seine Gründung des Arbeitszentrums der Berliner Gossner-Mission in Mainz-Kastel 1948 und des „Seminars für den kirchlichen Dienst in der Industrie-gesellschaft“ 1956 strahlten in viele Länder aus. Arbeiter und Theologen aus aller Welt diskutierten über Christentum und Sozialismus, Theologiestudierende und Pfarrer lernten erstmals die Arbeitswelt in Fabriken kennen. Die Impulse trugen zur Gründung des „Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt“ in den evangelischen Landeskirchen und des weltweiten Netzes „Urban Industrial Mission“ bei.

Als 1948 die Sowjetunion die Zugänge zu Berlin blockierte, beauftragte die Berliner Gossner-Mission den Pfarrer mit der Gründung eines Ablegers im Westen. An seiner neuen Wirkungsstätte in Mainz-Kastel bewarb sich Symanowski als Hilfsarbeiter in einem Zementwerk für 1,48 Mark Stundenlohn. „Statt mündige Christen habe ich entmündigte Arbeiter getroffen“, beschrieb er einmal sein Schlüsselerlebnis. Als er Arbeiter dazu gebracht habe, in einer Betriebsversammlung das Wort zu ergreifen, sei er als Kommunist bezeichnet und gefeuert worden.

Statt ein Zentrum zur Bekehrung von Menschen in fremden Ländern einzurichten, richtete Symanowski ein Zentrum zur „Bekehrung“ von Theologen ein. „Wir können nicht Missionare nach Indien senden, wenn wir die Arbeiter in unserer Nachbarschaft vergessen“, sagte er. Die Einrichtungen des Arbeiterpfarrers sind inzwischen aufgelöst und 2001 in dem Mainzer „Zentrum für gesellschaftliche Verantwortung“ der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau aufgegangen.

Sein Ziel, die Mündigkeit von Christen und Bürgern, fand er in der Friedensbewegung verwirklicht. Er organisierte mit einigen Mitstreitern die Ostermärsche in Mainz. Symanowski setzte sich zudem für die Wiedezulassung der verbotenen KPD ein und wurde Mitbegründer des „Komitees zur Verteidigung der Grundrechte - gegen Berufsverbote“.

Kirche

Der Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte war prägend für sein ganzes Leben. Während der Hitler-Diktatur half Symanowski in Ostpreußen in einem Netzwerk der oppositionellen „Bekennenden Kirche“, Juden zu verstecken, sie mit falschen Ausweisen, Lebensmittelkarten und Geld zu versorgen. Er selbst hatte lange darüber geschwiegen. 2003 zeichnete ihn die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem mit dem Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“ aus.

Die Erneuerung der Arbeitswelt durch die Mitbestimmung sei nur teilweise gelungen, und die Erneuerung der Kirche nach dem Krieg überhaupt nicht, zog Symanowski wenige Jahre vor seinem Tod nüchtern Bilanz. Dennoch habe er die Vision, dass sich die Mündigkeit der Arbeiter durchsetze. Und einen Traum von Kirche, in der die Gegenwart Jesu Christi von mündigen Christen auch außerhalb der Kirchenmauern wahrgenommen und gelebt werde. Sein Resümee lautete: „Es war ein beschissenes, wunderschönes Leben.“

Bei seiner Beerdigung würdigten nacheinander der evangelische Propst für Rheinhessen, Klaus-Volker Schütz, und der hessische Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke, Willi van Ooyen, den Arbeiterpfarrer. Anlässlich seiner Geburt vor 100 Jahren veranstaltet die Evangelische Akademie Arnoldshain am 2. und 3. September in Mainz eine Tagung unter dem Titel „Den aufrechten Gang einüben“. Dabei sind Diskussionen über das Thema „Prekarisierung auch in der Diakonie?“ und über Perspektiven der Friedensbewegung angesetzt.

Hierzu sind Fotos abrufbar unter www.epd-bild.de und Tel.: 069/58098-197

Aktion „Wanderfriedenskerze“ zu Rüstungsexporten und Vertreibung

Frankfurt a.M. (epd). Die Aktion „Wanderfriedenskerze“ wird am 1. September, dem internationalen Antikriegstag, mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Pfarrei Mariä Himmelfahrt in Griesheim in Frankfurt am Main um 19 Uhr eröffnet. Die im zehnten Jahr veranstaltete Aktion werde den Zusammenhang von Rüstungsexporten und Flüchtlingserfahrungen beleuchten, teilte die Öffentlichkeitsarbeit der Katholischen Stadtkirche Frankfurt am Main am 29. August mit.

Als verbindendes Symbol der Aktion seien drei Kerzen gestaltet worden, die von Friedensgottesdienst zu Friedensgottesdienst in Hessen und Rheinland-Pfalz weitergereicht würden. Die dazugehörige Gebetshilfe solle Anregungen zur Gestaltung von Gebeten, Gottesdiensten und Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer deutscher Rüstungsexporte geben. Den Abschluss der Aktion bildet ein zentraler ökumenischer Gottesdienst anlässlich des „Gebetes für Frankfurt“

Kirche

am 18. November um 18 Uhr in der evangelischen St. Katharinenkirche an der Frankfurter Hauptwache.

Der Veranstalter Ökumenischer Friedenskonvent, ein Zusammenschluss verschiedener Kirchen und kirchlicher Organisationen, kritisierte, dass „Diktatoren und menschenrechtsverletzende Regimes in aller Welt auf Profitgier und zur Absicherung von Wirtschaftsinteressen mit Waffen beliefert werden“. Oppositionelle Demokraten und Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten hätten vielfach nur die Möglichkeit, ins Ausland zu fliehen. Die Aktion Wanderfriedenskerze wurde 2002 von der katholischen Friedensinitiative Pax Christi im Bistum Limburg initiiert.

Internet: www.pax-christi.de

Gottesdienst und Pilgerwanderung zum „Tag der Schöpfung“

Gelnhausen (epd). Erstmals wird am 2. September ein „Tag der Schöpfung“ von den christlichen Kirchen in Hessen gefeiert. Der um 16 Uhr auf dem Freigelände vor der Kulturhalle in Gelnhausen/Meerholz-Hailer stattfindende Gottesdienst werde unter anderem von dem evangelischen Bischof Martin Hein und dem katholischen Weihbischof Karlheinz Diez gestaltet, sagte Uwe Hesse, Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, am 29. August. Zuvor starte um 12.30 Uhr vor der evangelischen Kirche in Gelnhausen-Haitz eine ökumenische Pilgerwanderung zu diesem Gottesdienst

Zudem werde am selben Tag die von der Stadt Gelnhausen und dem Bund für Umwelt und Naturschutz veranstaltete Umweltmesse „Öko-Trends“ eröffnet, sagte Hesse. Radio Horeb, ein katholischer Privatsender, werde an dem Tag um 10 Uhr ein Gespräch mit der Umweltbeauftragten des Bistums Fulda, Beatrice van Saan-Klein, und dem kurhessischen Pfarrer Stefan Weiß von der Ökumenischen Werkstatt Langenselbold zum Schöpfungstag senden, ergänzte die Pressestelle des Bistums Fulda.

Der von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen vereinbarte Tag solle in Zukunft jährlich stattfinden, sagte Hesse. Der Tag stehe im Zusammenhang mit einer sich anschließenden „Schöpfungszeit“, in der die Gemeinden aufgerufen seien, sich Gedanken über Themen wie Umweltschutz, Klima oder Erhaltung der Wälder zu machen.

Internet: www.schoepfungstag-hessen.de

Fukushima zum Trotz

Ein Pfarrerskind fliegt zum Ökumenischen Freiwilligenprogramm nach Japan

Von Marcus Mockler (epd)

Stuttgart/Darmstadt (epd). Als sich Franz Martin Himmighofen um einen Platz im Ökumenischen Freiwilligenprogramm in Japan bewarb, sah alles noch nach einem beschaulichen Auslandseinsatz aus. Er erwartete eine fremde Sprache, fremde Kultur, fremdes Essen. Das war im Februar. Am 11. März verwüstete ein Erdbeben, ein nachfolgender Tsunami und die Reaktorkatastrophe von Fukushima das Land. Allen Vorbehalten zum Trotz wird der 19-Jährige dennoch am 1. September ins Flugzeug steigen, um am Asiatischen Agrarinstitut in Nishinasuno nördlich von Tokyo in der Landwirtschaft mitzuarbeiten.

Himmighofen wirkt keineswegs wie ein Draufgänger. Der junge Mann ist an Kunst interessiert, das Fach will er nach dem Jahr in Japan auch auf Lehramt studieren. Er stammt aus einer Theologenfamilie, Vater und Mutter sind beide im Pfarrdienst der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Im Sommer hat er in Darmstadt sein Abitur gemacht.

Seine beiden älteren Geschwister waren bereits mit dem Ökumenischen Freiwilligenprogramm im Ausland gewesen - der Bruder in Jordanien, die Schwester in Indien. Er selbst hat sich für Japan entschieden, weil er bei einem Info-Seminar den Bericht eines ehemaligen Freiwilligen von dort gehört hatte. Die Begeisterung des Vortragenden sprang auf den Zuhörer über. Von der Mitarbeit im Agrarinstitut erhofft sich Himmighofen viele Begegnungen in einem multikulturellen Team. Gleichzeitig wünscht er sich einen japanischen Zimmergenossen, um über die wenigen Sprachbrocken, die er sich bislang in der japanischen Sprache angeeignet hat, hinauszukommen.

Die Strahlenbelastung nach der Reaktorkatastrophe hat sich nach Angaben des Evangelischen Missionswerks in Südwestdeutschland in Stuttgart in der Region des Agrarinstituts 180 Kilometer westlich von Fukushima nur geringfügig erhöht. Das Werk ist Träger des Ökumenischen Freiwilligenprogramms, ein mehrmonatiger Aufenthalt in Japan ist den Verantwortlichen zufolge vertretbar.

Dass ein amerikanischer Mitarbeiter seine beiden Kinder nach einer vorübergehenden Evakuierung wieder an den Wohnort beim Institut zurückgeholt hat, wertet Himmighofen als Signal, dass die Risiken überschaubar sind. Es beruhigt ihn auch, dass die Nahrungsmittel vor Ort auf Radioaktivität hin untersucht werden.

Das Asiatische Agrarinstitut ist eine kirchliche Einrichtung, die Menschen überwiegend aus Entwicklungsländern in nachhaltiger Landwirtschaft unterrichtet. Damit wollen die Christen in Japan einen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung

Kirche

Kirche

leisten. Ein Teil des Leistungsspektrums ist das Dekontaminieren verstrahlter Böden durch den Anbau entsprechend wirkender Pflanzen.

Himmighofen möchte seine Zeit vor allem auf dem Feld und im Stall verbringen. Der junge Erwachsene aus dem Akademikerhaushalt erhofft sich davon nicht nur einen anderen Zugang zur körperlichen Arbeit, sondern auch Zeit zum Nachdenken und zur Besinnung. Zum Tagesprogramm im Institut gehört immer eine gemeinsame Andacht.

Da das Agrarinstitut vom März-Erdbeben erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurde, werden die jungen Helfer aus aller Welt nun für den Wiederaufbau gebraucht. Gewisse Unwägbarkeiten bleiben. Das Ökumenische Freiwilligenprogramm schließt nicht aus, Mitarbeiter auch wieder abzuziehen, sollte ihre Gesundheit durch den Einsatz vor Ort ernsthaft bedroht sein.

Die Daheimgebliebenen werden nicht ohne Nachricht von dem bleiben, was der Freiwillige in Japan erlebt. Das Führen eines Internettagebuchs (Blog) gehört zu seinen Pflichten und wird Himmighofen Gelegenheit zum Berichten darüber geben, wie die Japaner eine der größten Krisen ihrer Geschichte bewältigen.

Internet: ow.ly/1weE5a; www.ems-online.org/weltweit-unterwegs/oeukumenisches-freiwilligenprogramm/oeufp-blogs-20112012/

Dazu ist ein Bild abrufbar unter Tel. 0711/46 90 88-32 oder per E-Mail: redaktion@epd-sw.de.

Zehnte „Nacht der Kirchen“ in Wiesbaden

Wiesbaden (epd). Zur zehnten „Nacht der Kirchen“ in Wiesbaden laden 20 evangelische, katholische und orthodoxe Kirchen sowie der Kirchenladen „Schwalbe6“ am 2. September ein. Mehr als 80 Programmpunkte werden Besuchern von 18 bis 24 Uhr geboten, teilte die Evangelische Öffentlichkeitsarbeit am 29. August in Wiesbaden mit. Ein Bus-Shuttle-Service verbindet die einzelnen Veranstaltungsorte.

Das Programm bietet den Angaben zufolge Weinproben, Musik von Bach und aus Afrika, Gospel- und gregorianische Gesänge, einen Film, Kabarett und die Besteigung der Türme der evangelischen Marktkirche, Lutherkirche und der alt-katholischen Friedenskirche. Vor der Marktkirche gibt es in einem Zelt biblische Speisen zu kosten, und ein Falkner erzählt vom Leben der Wanderfalken. Die Programmbroschüre ist in den beteiligten Kirchengemeinden und in der Touristeninformation Am Markt erhältlich.

Erstmals Gottesdienst für Demenzkranke in Marburger Elisabethkirche

Marburg (epd). Erstmals feiert die Gemeinde der Marburger Elisabethkirche einen Gottesdienst für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen. Der Gottesdienst gebe den Betroffenen die Möglichkeit, ihre Spiritualität auszuleben, sagte der Vorsitzende der Alzheimer Gesellschaft Marburg-Biedenkopf, Ernst Boltner, am 30. August in Marburg. Der Gottesdienst am 4. September ist eingebunden in die Veranstaltungen rund um den Weltalzheimerstag am 21. September.

Boltner ist nach eigenen Worten erfreut über den hohen Zuspruch; nahezu hundert Anmeldungen lägen vor. „Wir wissen aus unserer Arbeit, dass wir viel über das Thema Demenz aufklären müssen, etwa über die Entlastungsmöglichkeiten für Angehörige.“ Allerdings sei das vor zehn Jahren noch viel schwieriger gewesen. Jetzt sei es gelungen, das Thema sehr weit in die Öffentlichkeit zu bringen.

Demenz sei in vielen Ländern nach Krebs die am meisten gefürchtete Krankheit, berichtete die Geschäftsführerin der Alzheimer Gesellschaft, Angela Schönemann. In Deutschland sind rund 1,3 Millionen Menschen an Demenz erkrankt. Die am häufigsten auftretende Form der Demenz ist die Alzheimer-Krankheit.

Der Ablauf des Gottesdienstes sei so gestaltet, dass „Menschen mit Demenz im Gottesdienst zu Hause sind“, erläuterte der evangelische Propst Helmuth Wöllenstein. Beginn ist um 10.30 Uhr.

Diakoniechef Gern: Armut erhöht Risiko für Suchterkrankungen

Hannover/Frankfurt/Main (epd). Eine wachsende Armut in Deutschland kann nach Ansicht des hessischen Diakonievorsitzenden Wolfgang Gern das Risiko von Suchterkrankungen erhöhen. Armut sei oft Auslöser für psychosoziale Probleme wie Depressionen, Existenzängste und Stress, sagte Gern bei einer Fachtagung zu „Sucht und Armut“ am 31. August in Hannover. Betroffene stünden in der besonderen Versuchung, diese Probleme mit Suchtmitteln erträglicher zu machen.

Gern sagte, die Abhängigkeit von illegalen Drogen wie Heroin führe am schnellsten zu einer „allumfassenden Armut“. Diese bedeute nicht nur einen

Kirche

Soziales

Soziales

materiellen Mangel, sondern auch Einschränkungen in der Gesundheit und bei sozialen Kontakten.

Um Abhängigkeiten zu verhindern, forderte Gern vor allem Politiker zur Armutsbekämpfung auf. Die Schere zwischen Arm und Reich öffne sich immer weiter. Rund 13 Prozent der Bevölkerung lebten in Armut, davon seien rund drei Millionen Kinder und Jugendliche. „Wachsende, vor allem materielle Armut auf dem Höhepunkt der Reichtumsentwicklung ist ein Skandal.“

Zur Fachtagung der Niedersächsischen Landesstelle für Suchtfragen waren rund 120 Teilnehmer aus den Bereichen der Arbeitslosen- und Wohnungshilfe aus ganz Deutschland gekommen.

Diakonie-Gottesdienst in Marburger Elisabethkirche

Marburg (epd). Am Diakonie-Sonntag, 18. September, feiern die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) und die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) einen gemeinsamen Gottesdienst in der Marburger Elisabethkirche. Anschließend laden die beiden Diakonischen Werke der Landeskirchen zum Jahresempfang ein, teilte das Diakonische Werk in Hessen und Nassau am 29. August mit. Erstmals verleiht die Diakonie in Hessen den mit 12.000 Euro dotierten Elisabeth-Preis an „herausragende diakonische Projekte“.

Zentrales Thema der Veranstaltungen ist das freiwillige Engagement in Kirche und Diakonie. „Gaben entfalten - Engagement gestalten“ lautet das Motto. Der Gottesdienst beginnt um 10 Uhr, die Predigt hält der Bischof der EKKW, Martin Hein. Beim anschließenden Jahresempfang in der Marburger Stadthalle stellen sich unter anderem Botschafter des freiwilligen Engagements vor.

Gesellschaft

Flüchtlingsorganisation Pro Asyl feiert 25-jähriges Bestehen

Frankfurt a.M. (epd). Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge Pro Asyl feiert am 3. September in Frankfurt am Main ihr 25-jähriges Bestehen. Die Festveranstaltung beginne um 16 Uhr im Kaisersaal des Rathauses Römer, sagte der Pro-Asyl-Vorsitzende Jürgen Micksch am 29. August dem epd. Erwartet würden unter anderen der Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland und Österreich, Michael Lindenbaumer, die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth und der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Altmaier.

Bereits um 14 Uhr erhalte die Abschiebegegnerin Julia Kümmel im Haus am Dom den Menschenrechtspreis der Stiftung Pro Asyl, ergänzte Micksch. Die Laudatio auf Kümmel halte der langjährige Pro-Asyl-Sprecher Herbert Leuninger. Pro Asyl war am 8. September 1986 von 15 Vertretern von Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden im Frankfurter Dominikanerkloster aus der Taufe gehoben worden. „Ziel war es, etwas gegen die fremdenfeindliche Stimmung im Land zu tun, Flüchtlingen eine Stimme zu geben und ihre Rechte zu verteidigen“, sagte Micksch.

Zugleich kündigte der 70-jährige evangelische Pfarrer an, den Vorsitz der Bundesarbeitsgemeinschaft im September kommenden Jahres aus Altersgründen niederlegen zu wollen. Eine Nachfolgeregelung gebe es noch nicht. Micksch gehört ebenso wie Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt, Herbert Becher, Wolfgang Grenz, Heiko Kauffmann, Herbert Leuninger und Victor Pfaff zu den 15 Gründungsmitgliedern.

Hierzu sind Fotos abrufbar unter www.epd-bild.de und Tel.: 069/58098-197

Gute Argumente und ein heißes Herz

„Pro Asyl“ streitet seit 25 Jahren für die Rechte von Flüchtlingen

Von Dieter Schneberger (epd)

Frankfurt a.M. (epd). „Wie Säcke ins Meer geworfen, gestorben an Hunger und Durst und von der Sonne verzehrt“, beschrieb die italienische Tageszeitung „La Stampa“ jüngst das grauenvolle Ende von etwa hundert afrikanischen Bootsflüchtlingen vor der Insel Lampedusa. Für viele in der „Festung Europa“ ist der Tod von Frauen, Männern und Kindern auf dem Mittelmeer zur Randnotiz geworden. Für die Bundesarbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge, Pro Asyl, die vor 25 Jahren in Frankfurt am Main gegründet wurde, ist das ein Skandal.

„Wir wollen, dass das Sterben auf dem Meer endlich aufhört“, sagt Geschäftsführer Günter Burkhardt. Die europäischen Staaten dürften sich nicht länger abschotten. Sie müssten sich beispielsweise an der Evakuierung der 4.000 Flüchtlinge aus dem Lager Choucha im tunesisch-libyschen Grenzgebiet beteiligen und sie aufnehmen. „Das ist ihre moralische und rechtliche Pflicht und eine humanitäre Notwendigkeit. Einfach wegsehen geht nicht!“

Es sind menschliche Katastrophen wie die in Nordafrika, die Burkhardt und den Pro-Asyl-Vorsitzenden Jürgen Micksch aufregen und antreiben. Der 54-jährige Mathematiker, Theologe und Pädagoge und der 70-jährige evangelische Pfarrer bilden seit 1986 ein kongeniales Tandem für Mitmenschlichkeit. Dabei scheint die Rollenteilung geradezu perfekt. Burkhardt agiert als politischer Stratege. Er streitet mit Präzision und großer Hartnäckigkeit öffentlich für die Belange der Ärmsten der Armen und eckt damit immer wieder an.

Gesellschaft

Gesellschaft

Bei der Bundesregierung und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mache er sich „nicht eben beliebt“, bestätigt Burkhardt. Gleichwohl gebe es in jeder Partei Einzelne, die ein Herz für Flüchtlinge haben. So werde etwa für die Feier zum 25-jährigen Bestehen von Pro Asyl neben der Grünen-Vorsitzenden Claudia Roth auch der Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Peter Altmaier, erwartet.

Der zweite Mann auf dem Pro-Asyl-Tandem, Jürgen Micksch, hält sich dagegen bewusst im Hintergrund. Er wirkt als Moderator und als Seismograph für fremdenfeindliche und rassistische Tendenzen - und er steckt die großen Linien ab. Auf Erfolge angesprochen, erwähnen Micksch und Burkhardt vor allem die Einzelfallhilfen und die Verurteilung Belgiens und Griechenlands durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof wegen der Abschiebung eines afghanischen Asylsuchenden.

Die professionelle Arbeit von Pro Asyl wird inzwischen nicht nur beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und anderen Menschenrechtsorganisationen hoch geschätzt. Auch Prominente aus Kirchen, Medien, Kultur, Wirtschaft und Politik unterstützen zunehmend Aufrufe und Kampagnen zur Rettung von Bootsflüchtlingen oder zur Verbesserung des Kinderschutzes, so etwa Tatort-Kommissarin Ulrike Folkerts, der langjährige Industriepresident Hans-Olaf Henkel oder der Journalist Heribert Prantl.

Von so viel Anerkennung konnte das kleine Häuflein Aufrechter zu Beginn nur träumen. „Die Stimmung gegen Flüchtlinge und Asylsuchende war Mitte der 1980er Jahre vergiftet“, erinnert sich Micksch, der damals nach 13-jähriger Tätigkeit als Ausländerreferent der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Studienleiter an der Evangelischen Akademie Tutzing geworden war. Also startete er eine Initiative zur Gründung eines Flüchtlingsrats für die Bundesrepublik und Berlin (West). Nachdem der erste Versuch im Juni 1986 in Tutzing an internen Streitigkeiten gescheitert war, war der zweite am 8. September im Frankfurter Dominikanerkloster erfolgreich.

Zu den 15 Gründungsmitgliedern zählten neben Micksch und Burkhardt noch Wolfgang Grenz von Amnesty International, Herbert Leuninger vom Bistum Limburg und der Frankfurter Rechtsanwalt Victor Pfaff. Dazu kamen unter anderen auch Herbert Becher vom Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Heiko Kauffmann von „Terre des Hommes“, der Berliner Pfarrer Jürgen Quandt und Robin Schneider von der Gesellschaft für bedrohte Völker, der auch die Idee zur Namensgebung hatte.

Stolz sind Burkhardt und Micksch vor allem auf die Rückendeckung von mehr als 15.000 Fördermitgliedern, die rund eine Million Euro im Jahr für die Arbeit von Pro Asyl zur Verfügung stellen. Eine weitere Million kommt von Spendern und Sponsoren. „Dadurch können wir unabhängig von politischen Interessen für

das Wohl der Schutzsuchenden wirken“, betont Burkhardt. „Das ist einzigartig in ganz Europa“.

Hierzu sind Fotos abrufbar unter www.epd-bild.de und Tel.: 069/58098-197

Pro Asyl fordert europaweites Asylrecht

Politiker würdigen Menschenrechtsorganisation

Frankfurt a.M. (epd). Die Hilfsorganisation Pro Asyl fordert ein europaweit geltendes Asylrecht für Flüchtlinge. Hilfsbedürftige Flüchtlinge auf Booten im Mittelmeer dürften vom Grenzschutz nicht abgedrängt oder an der türkisch-griechischen Grenze durch eine Mauer am Betreten europäischen Bodens gehindert werden, sagte der Geschäftsführer Günter Burkhardt am 31. August in Frankfurt am Main vor Journalisten. Pro Asyl begeht am Samstag im Frankfurter Rathaus Römer sein 25-jähriges Bestehen.

In Grenzländern wie Griechenland oder Malta sei kein Rechtsschutz gewährleistet, und auch die praktizierte Videoüberwachung gewähre kein faires Verfahren, kritisierte Burkhardt. Ein effektiver Schutz in Europa werde verhindert, wenn der Bundesinnenminister die Aufnahme von 150 Flüchtlingen von Malta ankündige, gleichzeitig aber Flüchtlinge aus Deutschland nach Malta abgeschoben würden.

Die Innenministerkonferenz der Länder solle endlich das Problem der immer wieder verlängerten, kurzfristigen Duldungen („Kettenduldungen“) durch eine umfassende Bleiberechtsregelung beseitigen, forderte der Pro-Asyl-Geschäftsführer. Immer noch seien 87.000 Menschen in Deutschland nur geduldet, von denen mehr als 50.000 bereits länger als sechs Jahre im Land lebten. Wer jahrelang hierzulande lebe oder aufgewachsen sei, müsse bleiben dürfen und brauche Hilfe, um sich seinen Lebensunterhalt selbst sichern zu können.

Pro Asyl habe in den 25 Jahren seines Bestehens mehr als 50.000 Flüchtlinge einzeln begleitet, sagte der Vorsitzende und Mitgründer, der evangelische Theologe Jürgen Micksch. Die Organisation habe den Anstoß zur Gründung der Flüchtlingsräte in den Ländern gegeben. Auch die bestehende, an Bedingungen geknüpfte Bleiberechtsregelung hätte es ohne das Drängen Pro Asyls nicht gegeben. Ebenso habe die Aufklärung über die Behandlung von Flüchtlingen in Griechenland zu Gerichtsurteilen geführt, so dass derzeit keine Abschiebungen aus Deutschland dorthin erfolgten.

Der Umgang mit Flüchtlingen „greife in das Herz der Gesellschaft und Kultur“, sagte der Schriftsteller Ilija Trojanow („Der Weltensammler“). Die Flüchtlingsfrage sei keine Luxusfrage, sondern eine Frage der humanen Existenz. Das Mittelmeer sei immer eine Brücke zwischen Kulturen und als

Gesellschaft

solche maßgeblich für das Entstehen Europas gewesen. Die Abwehr der Flüchtlinge mache heute das Mittelmeer zu einer neuen „Berliner Mauer“, nur mit viel mehr Toten.

Pro Asyl sei eine wichtige Nichtregierungsorganisation, die bei der Formulierung der nationalen und europäischen Asylpolitik eine erhebliche Rolle spiele, sagte der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Altmaier, dem epd. Ihre Recherchen und Kampagnen seien wichtig für die Durchsetzung des Grundrechts auf Asyl.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration der SPD-Bundestagsfraktion, Rüdiger Veit, bezeichnete Pro Asyl als unverzichtbare Menschenrechtsorganisation: „Nicht wenige Schicksale von Flüchtlingen und Asylanten wären hoffnungslos ohne den humanitären Einsatz von Mitarbeitern dieser Organisation.“

Zum Festakt am 3. September in Frankfurt am Main werden unter anderen der Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland, Michael Lindenbauer, erwartet, die Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth, der CDU-Politiker Peter Altmaier und der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europaparlament, Martin Schulz.

Das Stichwort: Pro Asyl

Frankfurt a.M. (epd). Die vor 25 Jahren gegründete Bundesarbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge Pro Asyl setzt sich für die Rechte von Schutzsuchenden in Deutschland und Europa sowie an besonders gefährlichen Brennpunkten an den Außengrenzen der Union ein. In der Geschäftsstelle im Frankfurter Bahnhofsviertel arbeiten etwa 25 Frauen und Männer. Sie engagieren sich in der Rechtsberatung, recherchieren, dokumentieren Missstände, betreiben Lobbyarbeit in den Parlamenten und wenden sich mit Kampagnen an die Öffentlichkeit.

Pro Asyl verfügt nach Darstellung von Geschäftsführer Günter Burkhardt über einen Jahresetat von 2,4 Millionen Euro; jeweils die Hälfte davon stammt aus den Zuwendungen der 15.000 Fördermitglieder und von Spendern und Sponsoren. Pro Asyl finanziert den Angaben zufolge mit jährlich 300.000 Euro auch die Arbeit der 16 Landesflüchtlingsräte. 140.000 Euro seien für den Rechtshilfefonds reserviert.

Zur Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl gehören rund 50 Einzelpersonen aus Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Menschenrechtsorganisationen sowie aus Flüchtlingsräten. Die 2002 gegründete Stiftung Pro Asyl soll die

Arbeit langfristig sichern helfen. Sie verfügt derzeit nach eigenen Angaben über ein Kapital von einer Million Euro. Seit 2005 verleiht die Stiftung einen Menschenrechtspreis, der mit einem symbolischen Preisgeld von 1.000 Euro und der „Pro-Asyl-Hand“, einem von Ariel Auslander geschaffenen Kunstwerk, verbunden ist.

Pro Asyl ist unter anderem Träger des Bonhoeffer-Preises (1998), des Aachener und des Göttinger Friedenspreises (2001 und 2010) sowie der Theodor-Heuss-Medaille (2008).

Flüchtlingsorganisationen setzen Proteste gegen Abschiebehaft fort

Mainz/Ingelheim (epd). Flüchtlingshilfeorganisationen und die rheinland-pfälzischen Migrant*innenbeiräte planen für den 3. September in Ingelheim eine weitere Demonstration gegen das dortige Abschiebegefängnis. Die „Festung Ingelheim“ müsse geschlossen werden, heißt es in dem am 29. August veröffentlichten Aufruf. In dem Hochsicherheits-Gebäudekomplex seien menschliche Haftbedingungen nicht möglich.

Erst vor einigen Wochen hatte die rot-grüne Landesregierung einen Runden Tisch eingerichtet, an dem auch Vertreter der Flüchtlingsorganisationen über die Zukunft der umstrittenen „Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige“ diskutieren. Die Flüchtlingsorganisationen seien inzwischen besorgt darüber, am Ende der Gespräche könnte womöglich auch ein Weiterbetrieb des Gefängnisses stehen, sagte Roland Graßhoff vom Initiativsausschuss für Migrationspolitik dem epd in Mainz. Kurz nach den Landtagswahlen hätten sich Landespolitiker noch deutlicher zugunsten einer Schließung ausgesprochen.

Bei den Flüchtlingsorganisationen habe es Diskussionen darüber gegeben, ob eine Beteiligung an Gesprächen überhaupt sinnvoll sei, sagte Graßhoff. Die Arbeitsgemeinschaft der rheinland-pfälzischen Beiräte für Migration und Integration (AGARP) wertet den Runden Tisch und das bisherige Vorgehen der Landesregierung dagegen positiv. „Solange wir daran mitarbeiten, glauben wir an die Sache“, sagte Geschäftsführerin Musgana Tesfamariam. Weil viele in den Beiräten engagierte Migrant*innen das Abschiebegefängnis kategorisch ablehnten, habe sich aber auch die AGARP dem Demonstrationsaufruf angeschlossen.

Von den 152 Haftplätzen für Ausländer aus ganz Rheinland-Pfalz und dem Saarland waren im August nur noch weniger als 20 belegt. Flüchtlingshilfevereine und Kirchen kritisieren seit Jahren die oft mehrere Monate lange Haftdauer sowie die Haftbedingungen in Ingelheim. SPD und Grüne hatten sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, bis Mitte 2012 zu klären, „wie

Gesellschaft

Gesellschaft

unter rechtlichen, humanitären und Sicherheitsaspekten sowie Folgekosten eine Neuausrichtung der Unterbringung von Ausreisepflichtigen erfolgen kann“.

Volkswirt: Umstellung auf erneuerbare Energien lohnt sich

Frankfurt a.M. (epd). Die vollständige Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien bringt nach Berechnungen der gemeinnützigen Stuttgarter Stiftung „Zentrum für Sonnenergie- und Wasserstoffforschung Baden-Württemberg“ (ZSW) volkswirtschaftlich einen großen Gewinn. Wenn dieses Ziel bis zum Jahr 2050 angestrebt werde, seien Vorleistungen bis 2025 in Höhe von 180 Milliarden Euro nötig, sagte der ZSW-Volkswirt Andreas Püttner am 30. August in Frankfurt am Main. Dem Aufwand stehe von 2025 bis 2050 ein volkswirtschaftlicher Gewinn von 950 Milliarden Euro gegenüber.

Die Ersparnis durch die Umstellung von fossilen Brennstoffen und Uran auf erneuerbare Energien betrage demnach rund 770 Milliarden Euro, folgerte Püttner auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Arnoldshain. Dabei legte der Volkswirt unter anderem einen Ölpreis im Jahr 2050 von 210 Dollar je Barrel zugrunde, ungefähr doppelt so hoch wie in diesem Sommer, einen jährlich um 2,3 Prozent steigenden Strompreis für erneuerbare Energien bis 2050 und einen jährlich um zwei Prozent steigenden Wärmepreis für erneuerbare Energien.

Die hohen Investitionen in die Umstellung der Energieträger seien für Deutschland lohnend, sagte Püttner. Da die hiesige Industrie bei Maschinen, Metallzeugnissen, elektrischen Ausrüstungen und Geräten zur Elektrizitätserzeugung auf dem Weltmarkt stark sei, könnten deutsche Firmen Marktführer im Geschäft mit erneuerbaren Energien werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien diene außerdem dem Umwelt- und Klimaschutz, spare Rohstoffkosten, schaffe Arbeitsplätze im Land, verringere die Abhängigkeit von Rohstoffeinfuhren und beuge einem Erschöpfen der fossilen Energieträger vor.

Da erneuerbare Energien vornehmlich dezentral erzeugt werden, können nach den Worten von Püttner Kommunen und ländliche Regionen in besonderem Maß von ihnen profitieren. Die erneuerbaren Energien in Deutschland haben nach Püttners Angaben am Stromverbrauch Mitte dieses Jahres einen Anteil von 20 Prozent überschritten, der Anteil an der Wärmebereitstellung lag 2010 bei zehn Prozent und am Kraftstoffverbrauch bei sechs Prozent. Der Anteil am gesamten Endenergieverbrauch betrug 2010 elf Prozent.

Es gehe nicht mehr um die Frage, ob eine Energieversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen möglich sei, sondern nur darum, wie und wie rasch dies möglich werde, stimmte der fachliche Leiter Peter Moser vom Verein „Kompetenznetzwerk Dezentrale Energietechnologien“ in Kassel zu. Dabei

seien die Städte für ihre Versorgung auf das Umland angewiesen. Viele Landkreise und Kommunen in Deutschland hätten inzwischen Ziele festgelegt, wie sie die erneuerbaren Energien in den kommenden Jahrzehnten ausbauen wollten. Die erste Metropolregion, die das Ziel 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050 festgelegt habe, sei Hannover.

Für den Ausbau erneuerbarer Energien im Rhein-Main-Gebiet stellte die Frankfurter Professorin für Landmanagement, Martina Klärle, einen Online-Rechner (www.ErneuerbarKomm.de) vor. Dieser berechnet, wie viel Strom durch welche erneuerbare Energiequellen in allen 75 Kommunen des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main erzeugt werden kann. Dabei kann der gewünschte Energie-Mix aus Sonne, Wind, Biomasse und Wasser individuell eingestellt und verändert werden; der Rechner berechnet augenblicklich die benötigten Ressourcen, die erzeugte Strommenge und den Deckungsgrad des Strombedarfs.

Solarweltkongress denkt über Umwandlung von Strom in Gas nach

Kassel (epd). Den Fragen von Speicherung und Transport erneuerbarer Energien muss nach den Worten des früheren Bundesumweltministers Klaus Töpfer (CDU) in Zukunft noch mehr Forschungsarbeit gewidmet werden. In Zukunft komme vor allem der Umwandlung von Energie in Gas größere Bedeutung zu, sagte Töpfer, der Exekutivdirektor des Instituts für angewandte Nachhaltigkeitsstudien in Potsdam ist, am 29. August auf dem Solar World Congress in Kassel. Eine erfolgreiche Umsetzung hätte zur Folge, dass die bestehenden Versorgungsnetze weiter genutzt werden könnten.

Der Kongress, an dem 700 Teilnehmer aus 70 Ländern zusammenkommen, diene dem Austausch über neue Entwicklungen und Ideen im Bereich der Solarenergie, sagte der wissenschaftliche Leiter des Kongresses, Klaus Vajen. Deutschland genieße weltweit einen Ruf als absoluter Vorreiter bei den regenerativen Energien. Eine wichtige Frage der Zukunft sei die Entwicklung erneuerbarer Treibstoffe.

Wichtig seien zudem Verbesserungen im thermischen Bereich, etwa bei der Dämmung von Häusern, so Vajen weiter. Die Solartechnik müsse integraler Bestandteil von Gebäuden werden. Allerdings werde es wohl auch langfristig kaum möglich sein, dass sich Deutschland alleine aus regenerativer Energie versorge, schränkte Vajen ein. „Technisch wäre es zwar möglich, würde aber sehr teuer.“

Gesellschaft

Gesellschaft

Der Solar World Congress in Kassel dauert noch bis zum 2. September. Der nächste Kongress dieser Art soll im März 2013 im mexikanischen Cancun stattfinden.

Jugendbegegnungsstätte Auschwitz und Stiftung Kreisau geehrt

Frankfurt a.M. (epd). Die Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz und die Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung erhalten zu gleichen Teilen den „Tadeusz-Szymanski-Preis 2011“ des Vereins „Zeichen der Hoffnung - Znaki Nadziei“. Die Jugendbegegnungsstätte Auschwitz werde für das gemeinsame Seminar von Jugendlichen aus Gliwice (Gleiwitz) und Bielefeld über „Schicksale polnischer und jüdischer Verfolgter im 2. Weltkrieg im Spiegel der polnischen und deutschen Nachkriegsliteratur“ geehrt, teilte der Verein am 29. August in Frankfurt am Main mit. Die Stiftung Kreisau erhalte den Preis für ihr Projekt „Wir; die Kinder Europas“.

Der mit insgesamt 3.000 Euro dotierte Preis wird nach den Angaben des Vereins an junge Leute verliehen, die sich für Versöhnung und Verständigung zwischen Deutschen und Polen engagieren und darüber berichten. Der Preis erinnert an den KZ-Häftling und späteren Leiter des Museums der Gedenkstätte Auschwitz, Tadeusz Szymanski, der sich für die Aussöhnung von Deutschen und Polen einsetzte und 2002 im Alter von 85 Jahren starb. Die Verleihung findet am Donnerstag, 1. September, im Kaisersaal des Frankfurter Rathauses Römer statt.

„Zeichen der Hoffnung“ wurde 1977 gegründet und hat seitdem einigen Tausend ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen durch die NS-Besatzung besonders geschädigten Personen durch Geldzuwendungen, Medikamente und Hilfstransporte geholfen. Der Verein unterhält Altenheimplätze in Gdynia und Bielsko-Biala und ein Projekt „Essen auf Rädern“ in Krakau. Daneben veranstaltet er regelmäßig Erholungsaufenthalte. Der Verein wird unter anderem von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, dem Frankfurter Evangelischen Regionalverband und der Stadt Frankfurt unterstützt. In Polen arbeitet er eng mit dem dortigen ökumenischen Rat zusammen.

Internet:

<http://zeichen-der-hoffnung.ekhn.org>; www.mdsm.pl; www.krzyzowa.org.pl

Rheinland-pfälzische Schüler erhalten wieder Obstportionen

Mainz (epd). Alle rheinland-pfälzischen Grund- und Förderschüler erhalten von dieser Woche an wieder wöchentlich eine kostenlose Portion Obst oder Gemüse. Bei den Lieferungen sollten so weit wie möglich ökologisch erzeugte Produkte regionaler Herkunft berücksichtigt werden, kündigte das Landwirtschaftsministerium in Mainz am 29. August an. Wie bereits im vergangenen Jahr stellen die Landesregierung und die EU jeweils 1,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit den Obst- und Gemüse-Portionen sollen Schüler für eine gesunde Ernährung interessiert werden. Im vergangenen Jahr waren erstmals alle Grund- und Förderschulen in Rheinland-Pfalz beliefert worden. Viele andere Bundesländer verzichteten wegen des bürokratischen Aufwands und den hohen Kosten auf eine Teilnahme an dem europaweiten Schulobstprogramm.

Platz vor dem rheinland-pfälzischen Landtag wird umbenannt

Mainz (epd). Der Deutschhausplatz vor dem rheinland-pfälzischen Landtag soll künftig als „Platz der Mainzer Republik“ an das erste bürgerlich-demokratische Staatswesen in Deutschland erinnern. Land und Stadt seien sich einig über eine Umbenennung, teilte die Mainzer Stadtverwaltung am 31. August mit. Bislang trägt der Platz den Namen des Barockpalastes, in dem seit 1951 die rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten tagen.

Die Mainzer Republik war ein kurzlebiges Staatsgebilde, das im März 1793 auf den von französischen Revolutionstruppen besetzten linksrheinischen Gebieten ausgerufen wurde, allerdings nur bis zum Sommer des selben Jahres existierte. Das Gebiet der Republik beschränkte sich bereits wenige Wochen nach der Gründung faktisch auf die von Preußen und Österreichern belagerte Stadt Mainz.

Mainzer Kardinals-Denkmal erneut bei Autounfall beschädigt

Mainz (epd). Ein Denkmal für Kardinal Hermann Volk (1903-1988) in der Mainzer Innenstadt ist zum zweiten Mal innerhalb von nur anderthalb Jahren von einem Auto schwer beschädigt worden. Der Unfallverursacher habe sich selbst bei der Polizei gemeldet, teilte die Stadtverwaltung am 29. August mit. Wie bereits bei einem ähnlichen Zusammenstoß im Frühjahr 2010 sei vor allem ein Bronze-Rahmen zu Schaden gekommen, der eine Büste mit dem Kopf des katholischen Mainzer Bischofs umgibt.

Gesellschaft

Beim ersten Unfall im vergangenen Jahr war das in einer Fußgängerzone aufgestellte, 300 Kilogramm schwere Kardinals-Denkmal vermutlich von einem Lieferwagen gerammt worden. Der Fahrer hatte Unfallflucht begangen und konnte nie ermittelt werden. Die Stadt plane trotz des neuerlichen Vorfalles nicht, das Denkmal nach der nun erneut nötigen Reparatur an einen anderen Standort umzustellen. Allerdings sollten rund um die von dem Mainzer Künstler Karl-Heinz Oswald geschaffene Bischofs-Büste Parkbänke aufgestellt werden, sagte ein Sprecher dem epd.

Aktion gegen Vernichtung von Lebensmitteln in Mainz

Mainz (epd). Mit aussortierten Lebensmitteln aus Supermärkten und Ernteresten landwirtschaftlicher Betriebe wollen Köche am 16. September in Mainz ein Essen für 600 Personen kochen. Die Aktion solle die Mainzer darauf aufmerksam machen, dass etwa die Hälfte aller Lebensmittel in Deutschland weggeworfen werde, sagte der Organisator Ralf Dilger am 31. August dem epd. Der vom Land und einer Vielzahl von Organisationen unterstützte Aktionstag soll auch Werbung für den Dokumentarfilm „Taste the Waste“ machen, der im September in die deutschen Kinos kommt und den Umgang mit Lebensmitteln darstellt.

Außer in Mainz finden ähnliche Aktionen auch in etwa zehn weiteren deutschen Städten statt, darunter in Köln, Stuttgart und Hamburg. Der Erlös der Mainzer Massenverköstigung soll der städtischen Tafel und den Opfern der Hungersnot in Ostafrika zugutekommen.

Diggers Worten zufolge kann jeder Verbraucher einen eigenen Beitrag dazu leisten, die Menge vernichteter Lebensmittel zu reduzieren. Zumindest bei Waren, die schon im eigenen Kühlschrank stehen, könne jeder testen, ob sie auch nach dem offiziellen Verfallsdatum noch brauchbar sind.

Beim Einkauf sollten die eigenen Gewohnheiten hinterfragt werden. Wenn Verbraucher etwa nur perfekt geformtes Gemüse und Obst wünschen, habe das zur Folge, dass riesige Mengen einwandfreier Erzeugnisse vernichtet werden, weil sie bestimmten Größen- und Längennormen nicht entsprechen.

Internet: www.taste-mainz.de

Ginkgo-Pflanzung und Kundgebungen zum Antikriegstag in Kassel

Kassel (epd). Mit der Pflanzung eines Ginkgo-Hains, einer Kundgebung am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus sowie einer Demonstration wird am 1. September in Kassel an den Beginn des 2. Weltkrieges erinnert. Wie der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge am 30. August mitteilte, werde Kassels Oberbürgermeister Bertram Hilgen (SPD) im Park Schönfeld den ersten von insgesamt 16 Ginkgo-Bäumen pflanzen. Der dort geplanter Ginkgo-Hain solle sich zum Ort der Begegnung und des Gedenkens an die Schrecken der Kriege entwickeln.

Der Ginkgo werde seit Jahrhunderten von Mythen umrankt und gelte als ein Symbol der Hoffnung, so der Volksbund weiter. Dazu habe auch ein Ginkgo-Baum in Hiroshima beigetragen, der wenige Monate nach der Atom-bombenexplosion wieder ausgetrieben habe. Der Hain sei daher ein Zeichen der Hoffnung auf ein friedliches Miteinander der Menschen. Zuvor lädt das Kasseler Friedensforum um 5.45 zu einer Kundgebung am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus ein. Im Anschluss daran sei ein gemeinsames Frühstück vorgesehen, teilte das Forum mit.

Ab 16 Uhr seien in der Kasseler Fußgängerzone eine weitere Kundgebung sowie verschiedene Aktionen zum Antikriegstag geplant, so das Forum weiter. Unter anderem werde gezeigt, wie ein Panzer in einen Bagger umgewandelt werden könne.

In diesem Zusammenhang kritisierte das Friedensforum die Werbemethoden der Bundeswehr an Schulen, Ausbildungsmessen und Hochschulen. Deshalb werde das Forum am 3. September in der Nähe der Kasseler Ausbildungsmesse einen Stand errichten und auf den zweiten Jahrestag (4. September 2009) des Angriffes der NATO auf zwei Tanklaster in Kunduz (Afghanistan) aufmerksam machen, bei dem zahlreiche Menschen getötet wurden.

109 untersuchte Lebensmittel und Kosmetika gesundheitsschädlich

Wiesbaden (epd). In Hessen sind im vergangenen Jahr 109 untersuchte Lebensmittel oder Bedarfsgegenstände wie Kosmetika gesundheitsschädlich gewesen. Dies entspreche 0,3 Prozent aller untersuchten Proben, teilte Umweltministerin Lucia Puttrich (CDU) am 30. August in Wiesbaden mit. Gesundheitsschädlich sei Obst und Gemüse etwa dann, wenn es zu viel Pflanzenschutzmittel-Rückstände aufweise.

Gesellschaft

Gesellschaft

2010 wurden nach Angaben von Puttrich insgesamt 33.660 Produkte in Hessen untersucht. Davon seien 5.745 Proben beanstandet worden (17,1 Prozent). Häufige Vergehen waren Mängel bei der Kennzeichnung oder die Abweichungen der Zusammensetzung von den Angaben. Bei Eis hätte jedoch von 362 untersuchten Proben aus Restaurants, Cafes und Eisdielen fast jede siebte eine erhöhte Keimzahl aufgewiesen.

Puttrich stellte die Statistik der Amtlichen Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung 2010 vor. Dazu gehören Lebensmittelsicherheit sowie die Bereiche Veterinärmedizin, Landwirtschaft und Umwelt. Nach Angaben der Ministerin sind im Berichtszeitraum 17 Betriebsräume und 82 Betriebe aufgrund von Beanstandungen geschlossen worden.

Ehemaliger Securitate-Spitzel verliert Beamtenstatus nicht

Mainz (epd). Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium hat die beamtenrechtliche Prüfung früherer Geheimdienstaktivitäten des Schriftstellers und Gymnasiallehrers Peter Grosz beendet. Grosz sei zum 31. Juli auf eigenen Antrag hin vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden, teilte das Ministerium am 30. August auf Anfrage mit. Das Land strebe nicht mehr an, Grosz den Beamtenstatus abzuerkennen. Mit der Entscheidung sei ein langwieriges Gerichtsverfahren mit ungewissem Ausgang vermieden worden. Da der Lehrer künftig nicht mehr im Schuldienst unterrichte, werde den Interessen des Ministeriums „hinreichend Rechnung getragen.“

Der aus Rumänien stammende 63-jährige Autor war 1982 in Rheinland-Pfalz als Lehrer eingestellt, verbeamtet worden und bis zu den Sommerferien am Gymnasium im rheinhessischen Oppenheim tätig. Bereits im Februar 2010 hatte Grosz zugegeben, dass er in den 1970er Jahren als Inoffizieller Mitarbeiter Berichte für die Securitate, die berüchtigte Geheimpolizei des kommunistischen Ceausescu-Regimes, verfasst hatte.

Bis zu seiner Ausreise in die Bundesrepublik hatte er eine informelle Gruppe rumäniendeutscher Schriftsteller ausspioniert, zu der auch Richard Wagner, der frühere Ehemann von Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller, gehörte. Nach eigenen Angaben war Grosz selbst vorübergehend auf Betreiben des Geheimdienstes inhaftiert und in dieser Zeit zu der Zusammenarbeit gezwungen worden.

Das Mainzer Bildungsministerium hatte nach Bekanntwerden der Vorwürfe angekündigt, detailliert zu prüfen, ob Grosz bei seiner Verbeamtung bewusst falsche Angaben gemacht habe. Zu welchen Ergebnissen das anderthalb Jahre dauernde beamtenrechtliche Verfahren kam, ließ eine Ministeriumssprecherin auf Nachfrage allerdings offen.

Internet-Projekt „Judaica Europeana“ vor Abschluss

Frankfurt a.M. (epd). Die digitale Erfassung von jüdischen Kulturgütern in Europa im Rahmen des Projekts „Judaica Europeana“ kommt zum Abschluss. Die Erfassung werde Ende des Jahres abgeschlossen, sagte die Leiterin der Judaica-Sammlung an der Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, Rachel Heuberger, am 31. August dem epd. Die Europäische Union habe mit 1,5 Millionen Euro die Erstellung einer Datenbank durch zehn Institutionen, darunter die British Library in London und das Jüdische Archiv in Budapest, unter der Leitung der Frankfurter Universitätsbibliothek gefördert.

Das Projekt „Judaica Europeana“ digitalisiert nach den Angaben von Heuberger 10.500 Fotografien und Abbildungen von Bauwerken, 1.500 Postkarten, 14.000 Schallplatten und Tonaufnahmen, Filme sowie mehrere Millionen Seiten von Büchern, Handschriften und Zeitungen und erstellt daraus eine Datenbank. Das Material stamme aus Bibliotheken, Archiven und Museen unter anderem in Frankfurt, London, Athen, Bologna, Budapest, Paris, Rom und Warschau. Den zehn Projektträgern hätten sich weitere 16 Partner-Institutionen angeschlossen, um auch ihre Sammlungen über das Internetportal zugänglich zu machen.

Der öffentliche Zugriff über das Internet ist nach den Worten Heuberger ab Frühjahr nächsten Jahres möglich. Die Frankfurter Judaica-Sammlung sei die größte in Deutschland und eine der bedeutendsten weltweit und habe bereits 1998 mit der Digitalisierung ihrer Bestände begonnen. Das Projekt „Judaica Europeana“ bewahre die jüdische Kultur Europas und führe vor Augen, dass sie immer Teil der Kultur Europas gewesen sei, sagte Heuberger.

Die „Judaica Europeana“ zählt innerhalb des Vorhabens „Europeana“ der Europäischen Kommission zu den wenigen thematischen Projekten neben der Datenbank zum Biodiversitäten-Erbe und dem Museenbestand an Musikinstrumenten. Mit „Europeana“ will die EU einen zentralen Zugriff auf Millionen digitaler Objekte schaffen, die sich in Europas Museen, Bibliotheken und Archiven befinden. Eine mehrsprachige Suchmaschine soll helfen, die kulturellen und wissenschaftlichen Schätze des Kontinents aufzuspüren.

Internet: <http://judaica-europeana.eu>

Kasseler Herkules soll Weltkulturerbe werden

Kassel (epd). Die Wasserkünste und der Herkules im Bergpark Kassel-Wilhelmshöhe sollen als Weltkulturerbe ausgewiesen werden. Einen entsprechenden Antrag hat am 31. August Hessens Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Eva Kühne-Hörmann (CDU), am Herkules-Bauwerk unterschrieben. Der

Kultur

Antrag, der nun zunächst auf formale Korrektheit geprüft wird, muss bis zum 1. Februar 2012 dem UNESCO-Welterbezentrum in Paris vorliegen. Im Sommer 2013 soll dann darüber entschieden werden.

Der Antrag umfasst ein 280 Seiten starkes Dossier, einen 190 Seiten starken Managementplan sowie eine rund 200 Bilder umfassende Fotodokumentation. Der 550 Hektar große, im Stil eines englischen Landschaftsgartens angelegte Bergpark mit seinen Wasserkünsten zählt zu den größten Anlagen dieser Art weltweit. Das zu Beginn des 18. Jahrhunderts angelegte Herkules-Bauwerk mit seinen vorgelagerten Kaskaden gilt zudem als Wahrzeichen Kassels.

Optische Instrumente zeigen Weltbild des 17. und 18. Jahrhunderts

Kassel (epd). Einen Einblick in das sich wandelnde Weltbild im 17. und 18. Jahrhundert gewährt eine Sonderausstellung optischer Instrumente in der Kasseler Orangerie. Nachdem im Jahr 1633 der Prozess gegen Galileo Galilei, der durch seine Entdeckungen das bisherige Weltbild infrage gestellt hatte, vorüber war, wollten sämtliche Fürsten und Könige in Europa optische Instrumente besitzen, schilderte Kurator Karsten Gaulke die damaligen Verhältnisse. In Kassel habe Landgraf Carl (1654-1730) eine der weltweit bedeutendsten Sammlungen optischer Instrumente zusammengestellt, die nun präsentiert werde.

Die Bilder, die man durch Fernrohre und Mikroskope sah, hätten Europa fasziniert, so Gaulke weiter. „Die Naturforscher bekamen das Gefühl, sie könnten nun ins Innerste der Schöpfung schauen.“ Besonders unter dem Mikroskop seien bisher nie gesehene, streng geometrische Strukturen entdeckt worden, etwa im Aufbau eines Insektenauges. Aber auch die Tatsache, dass der Mond keine ätherische Struktur habe, sondern offenbar Berge und Täler besitze, sei eine bahnbrechende Erkenntnis gewesen.

Andererseits seien optische Erfindungen auch für Unterhaltungszwecke genutzt worden, ergänzte Co-Kurator Bjoern Schirmeier. Mit den sogenannten „Zauberlampen“, auch unter dem Namen „Laterna Magica“ bekannt, habe man die ersten Vorläufer der späteren Diaprojektion geschaffen. In der Ausstellung sind neben Einzeldarstellungen unterschiedlicher Szenen auch Bilder der Reformatoren Martin Luther, Johannes Calvin, Jan Hus und des Regensburger Reformators Hieronymus Nopp zu sehen.

Auf einer weiteren Bilderserie werden katholische Geistliche und Adlige, die für die Vertreibung der protestantischen Hugenotten aus Frankreich verantwortlich waren, in karikaturhafter Weise dargestellt. Unter Carl fanden

die Glaubensflüchtlinge in Nordhessen eine neue Heimat. Die Bilder dienten offenbar dazu, die katholischen Erbfeinde lächerlich zu machen, so Schirmeier.

Die Ausstellung „optica - Optische Instrumente am Hof der Landgrafen von Hessen-Kassel“ ist vom 1. September bis zum 26. Februar 2012 im Westpavillon der Kasseler Orangerie zu sehen. Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17, Donnerstag von 10 bis 20 Uhr.

Wetzlarer Galerie am Dom zeigt Werke Armin Mueller-Stahls

Wetzlar (epd). Die Wetzlarer Galerie am Dom zeigt vom 13. September bis zum 16. Oktober Gemälde und Grafiken des Künstlers Armin Mueller-Stahl. Zu seinen Motiven gehören Porträts, literarische Themen, Landschaften und Drehbuchübermalungen, die meist direkt am Filmset entstehen, teilte die Galerie am Dom am 31. August mit.

Auf der Vernissage am 11. September ab 17 Uhr in der Wetzlarer Stadthalle, Brühlsbachstraße 2, spricht der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn Engholm einführende Worte; auch Mueller-Stahl ist anwesend. Anschließend sind die Werke parallel im Ausstellungssaal des Stadthauses am Dom, Domplatz 15, in der Galerie des Wetzlarer Kunstvereins, Hauser Gasse 17, und in der Galerie am Dom, Krämerstraße 1 zu besichtigen.

Armin Mueller-Stahl (geboren 1930) ist ausgebildeter Konzertgeiger und einer der wenigen deutschen Schauspieler, die häufiger in Hollywood-Filmen zu sehen sind. Seine Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen seien geprägt von „individueller Handschrift mit sicherem Strich und großartigem Umgang mit Farbe“, so die Galerie am Dom.

Informationen: www.galerie-am-dom.de.

Ulrich Holbein erhält Literaturpreis für grotesken Humor

Kassel (epd). Der Schriftsteller Ulrich Holbein erhält den Kasseler Literaturpreis für grotesken Humor 2012. Mit Holbein werde „eine höchst geistesgegenwärtige Inkarnation des Grotesk-Komischen in Literatur und Leben“ geehrt, teilte die Stiftung Brückner-Kühner am 30. August in Kassel mit. Seine Belustigungen unter der Gehirnschale führten bis in die aberwitzigsten Verästelungen der Sprache und des Wissens. Der seit 1985 von der Stiftung vergebene Preis ist mit 10.000 Euro dotiert, die Preisverleihung findet am 25. Februar 2012 in Kassel statt.

Impressum

Herausgeber: Medienhaus –
Zentrum für evangelische
Publizistik und Medienarbeit GmbH
Rechneigrabenstraße 10,
60311 Frankfurt am Main,
Postfach 1007747,
60007 Frankfurt am Main
Chefredakteur: Wolfgang
Weissgerber
Redaktion: Dr. Dieter
Schneberger (verantwortlich), Jens
Bayer-Gimm
Redaktions-Assistenz:
Gabriela Reff
Korrespondenten:
Karsten Packeiser (Mainz),
Johannes Bentrup (Wiesbaden),
Stefanie Walter (Gießen)
Redaktion Kassel:
Christian Prüfer

Telefon: (069) 9 21 07-451/447/450;
Fax: -466
E-Mail: frankfurt@epd.de
Internet: www.epd-hessen.de

Erscheint 2x wöchentlich als
E-Mail-Newsletter
Jahresbezugspreis: 108 €

Der im nordhessischen Knüllgebirge lebende Ulrich Holbein wurde 1953 in Erfurt geboren. Bekannt wurde er durch seine Kolumnen in der Zeit, der FAZ der Süddeutschen Zeitung sowie in der Zeitschrift „konkret“. Holbein ist Autor von derzeit 950 Publikationen, darunter 24 in Buchform. Bekannte Werke sind etwa der komplett aus Zitaten montierte Roman „Isis entschleiert“ (2000) oder sein Kurzprosaaband „Januskopfweg. Glossen, Quicks und Grotesken“ (2003). Für sein 2008 erschienenes Werk „Narratorium“ wurde er 2009 mit dem Ben-Witter-Preis ausgezeichnet.

Der Kasseler Literaturpreis für grotesken Humor wird Autoren zugesprochen, deren Werk sich auf hohem künstlerischen Niveau durch Humor, Komik und Groteske auszeichnet. Bisherige Preisträger waren unter anderem Lorient, Ernst Jandl, Robert Gernhardt, Hanns-Dieter Hüsch, Franz Hohler und Gerhard Polt.